

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pro Nummer: 1,00 Pfennig, monatlich 1,20 Pfennig, wöchentlich 30 Pfennig, frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pfennig. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig. Post-Abonnement: 1,50 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,20 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit 11/11.

# Vorwärts

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochgehaltene Polonelle oder deren Raum 60 Pfennig, für politische und gewerkschaftliche Besetzungs- und Verklamminungs-Anzeigen 30 Pfennig. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfennig (zweifig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote und Schlußanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 22. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

## An die Partei!

Die festgefügte Organisation der deutschen Sozialdemokratie ist allezeit selbst von ihren Gegnern als vorbildlich bezeichnet worden; sie ist stets der Stolz der deutschen Arbeiterschaft gewesen. Die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete waren nur zu erringen auf Grund dieser starken demokratischen Organisation, für deren Mitglieder die Einheitlichkeit im Handeln stets als erste und selbstverständliche Pflicht gegolten hat.

Niemals zuvor war die Geschlossenheit der Partei dringlicher geboten als nach dem Ausbruch und im Verlaufe des Verteidigungskrieges, den Deutschland seit nunmehr 30 Monaten zu führen gezwungen ist.

Einheitlich trat die deutsche Sozialdemokratie, die immer auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden hat, auch beim Ausbruch des Krieges auf. In der Erklärung, die der Abg. Gaase für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 abgegeben hat, heißt es:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherheit erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Getreu dieser Erklärung, die sich vollkommen im Einklang befindet mit unseren Grundsätzen, hat die sozialdemokratische Partei sowohl wie auch die Reichstagsfraktion im Verlaufe des Krieges gehandelt. Trotzdem splitterten zunächst vereinzelte Genossen, dann auch Gruppen und Organisationen ab und gingen ihre eigenen Wege. Dieses disziplinlose Verhalten, durch das die Bemühungen der Partei zur Herbeiführung eines baldigen Friedens ganz erheblich erschwert worden sind, wurde unter Hinweis auf Reden und Forderungen unverantwortlicher Personen und Verbände mit der Behauptung begründet, daß der Verteidigungskrieg Deutschlands zu einem Eroberungskrieg geworden sei und daß die Partei sozialistische Grundsätze mißachte. Diese Behauptungen sind vollkommen unwahr.

Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führt, sondern gegen eine ungeheure Uebermacht um seine nackte Existenz, also auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft kämpft, kann nach den Antworten der Entente auf das deutsche Friedensangebot und die Anregungen des Präsidenten Wilson von keinem verständigen Menschen mehr bestritten werden.

Durch unsere Parteioorganisation geht ein Riß. In verhängnisvoller Weise haben sich die Zustände innerhalb der Partei entwickelt. Die für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht der Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit wird vielfach mißachtet. Das demokratische Prinzip wird direkt auf den Kopf gestellt: Die Mehrheit soll sich dem Willen der Minderheit fügen.

Zur größten Freude aller Feinde der Partei und zum unabsehbaren Schaden der Partei und der deutschen Arbeiterschaft redete und stimmte schließlich nicht nur eine Minderheit der Reichstagsfraktion gegen die Mehrheit, sondern gründete sogar eine besondere Fraktion. Mit der Spaltung der Reichstagsfraktion war in unverantwortlicher Weise das denkbar schlimmste Beispiel für weitere Parteizersplitterung gegeben worden. Trotz alledem ließen es der Parteivorstand, der Parteiaussschuß und die Reichstagsfraktion bei Tadeln und ernstern Ermahnungen, in der Erwartung, daß die in der Opposition stehenden Genossen und Genossinnen sich auf ihre demokratischen Pflichten besinnen und fernerhin Disziplin üben würden.

Diese Erwartungen sind nach jeder Richtung hin getäuscht worden. Die allgemeinen Kriegsnöte, der Schmerz um Verluste, die Sorge um Angehörige, — alles das hat, wie in allen anderen am Kriege beteiligten Ländern auch bei uns eine Stimmung geschaffen, die von der Opposition restlos ausgenutzt wird, um die Parteimehrheit und die Parteileitung zu verdächtigen und die Leitung der Partei einer Gruppe in die Hände zu spielen, die schon lange Zeit vor dem Kriege darum gekämpft hat. Unausgesetzt hielten und halten die verschiedenen oppositionellen Gruppen — die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die sogenannten Internationalen, die Spartakusanhänger usw. — Konferenzen im Reich ab, um sich zunächst oppositionelle Stützpunkte und im Anschluß daran eigene Organisationen zu schaffen.

Verschiedene Parteizeitungen wurden von den oppositionellen Gruppen, die sich untereinander selbst auf das heftigste bekämpfen, boykottiert.

Das Parteileben ist an manchen Orten vollkommen gelähmt.

Das Treiben erreichte seinen Höhepunkt in der von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für alle oppositionellen Gruppen einberufenen Reichskonferenz, die am 7. Januar 1917 in Berlin getagt und u. a. beschlossen hat:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdet für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.“

Wenn trotz aller früheren Vorgänge irgendwo in parteigenössischen Kreisen noch Zweifel bestanden haben sollten über die Absichten einer fanatisch-rechtshaberischen Minderheit, der die Mehrheit sich fügen soll, so werden diese Zweifel nunmehr beseitigt sein. Die Reichs-Sonderkonferenz der Opposition und die von dieser gefassten Beschlüsse sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut und der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei. Daraus die logischen Folgerungen zu ziehen, war die unerlässliche Pflicht des Parteivorstandes, der diese Folgerungen gezogen und sie dem Parteiaussschuß unterbreitet hat. Der Parteiaussschuß hat die Stellungnahme des Parteivorstandes gebilligt und am 18. Januar nach eingehender Beratung unter ausdrücklicher Hinweis auf die Reichskonferenz der Opposition, folgenden Beschluß gefaßt, dem der Parteivorstand beigetreten ist:

„Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteierfänger ein Ende zu machen und die durch die Abspaltung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.“

Parteigenossen! Die geschilderten Zustände sind für die Partei unerträglich geworden; sie müßten die Partei zugrunde richten, wenn wir sie länger dulden wollten. Wir wollen und dürfen sie nicht länger dulden. Hoch über allem Dogmenfanatismus und persönlicher Rechthaberei, hoch über allem anderen muß uns die Partei stehen, die Sachwalterin und Interessenvertreterin der Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft. Der Kampf der Partei für den Frieden, gegen die Mißstände in der Volksernährung und gegen den Belagerungszustand darf nicht lahmgelegt werden durch den Kampf in den eigenen Reihen.

Die Aufgaben, die sich im unmittelbaren Anschluß an den Krieg vor uns aufstürmen, auf dessen baldiges Ende nur eine einheitlich handelnde Partei mit Aussicht auf Erfolg hinarbeiten kann, sind geradezu gewaltige. Soll die Partei zu der Zeit, in der sie die wichtigsten Aufgaben im Interesse des arbeitenden Volkes zu leisten hat, wenn es gilt, entscheidende Kämpfe um politische Rechte zu führen und das Koalitionsrecht gefählich zu verteidigen, ohnmächtig sein? Könnte sie bei der Lösung der Steuerfragen die Interessen des arbeitenden Volkes wirksam vertreten, für die Opfer des Krieges, für die Witwen und Waisen mit der geringsten Aussicht auf Erfolg eintreten, wenn sie nicht einheitlich und geschlossen aufzutreten vermöchte? Soll die Partei nach dem Kriege in Trümmern liegen oder nicht? Das ist die Frage, auf die es ankommt.

Wir wollen die Partei wieder aktionsfähig machen und rufen die Genossen hiernit zur Mitarbeit auf.

In unserer Partei müssen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das Recht auf die rücksichtsloseste Kritik unter allen Umständen sichergestellt sein. Daran darf nicht gerührt werden. Diesen unantastbaren Rechten gegenüber steht freilich die Pflicht der Disziplin, d. h. die Pflicht der Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, die Einheitlichkeit im Handeln.

Es muß jetzt Klarheit in der Partei geschaffen werden. Wer fernerhin zur sozialdemokratischen Partei stehen und ihr die Treue halten will, der kann nichts gemein haben mit dem, was auf der Reichskonferenz der verschiedenen oppositionellen Gruppen beschlossen worden ist.

Es muß jetzt Farbe bekannt werden. Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.

Parteigenossen! Ernster denn je ist die Zeit für unser Land und Volk; ernster denn je zuvor auch für unsere Partei. Seid Euch alle der vollen Verantwortlichkeit, die jetzt auf jedem Einzelnen lastet, bewußt und handelt als Sozialdemokraten, wie es Euch die Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft gebietet.

Berlin, den 20. Januar 1917.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.





